



STOP UNFAIR TRADE  
DEALS BETWEEN EUROPE  
AND ACP COUNTRIES

[www.epa2007.org](http://www.epa2007.org)

---

**Frau Bundesministerin  
Heidemarie Wieczorek-Zeul**  
Bundesministerium für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)  
Stresemannstraße 94  
10963 Berlin

Berlin / Bielefeld, den 21. Mai 2008

Sehr geehrte Frau Ministerin Wieczorek-Zeul,

am 26. und 27. Mai wird der EU-Ministerrat in Brüssel auch über den Stand der weiteren Verhandlungen über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) beraten. Wir möchten Sie daher zusammen mit Ihren europäischen Amtskolleginnen und -kollegen eindringlich bitten, die Europäische Kommission zu mehr Flexibilität in den EPA-Verhandlungen zu bewegen, damit neue Handelsabkommen keinen Rückschlag für Entwicklung, Demokratie und Menschenrechte in Afrika, der Karibik und dem pazifischen Raum bedeuten und damit das im Zuge der Schlussverhandlungen Ende 2007 erschütterte Vertrauensverhältnis zu den AKP-Staaten wieder hergestellt wird.

Die Verhandlungen über die sog. Interimsabkommen wurden Ende 2007 unter dem Druck der Androhung von Zollerhöhungen für die Nicht-LDCs in der AKP-Gruppe geführt - unserer Meinung nach ein politischer Druck, der in einer Partnerschaft auf Augenhöhe keinen Platz haben darf und sich daher in diesem Jahr nicht wiederholen darf. Der Schaden im gegenseitigen Verhältnis zwischen der EU und insbesondere den afrikanischen AKP-Staaten wurde während des EU-Afrika Gipfels in Lissabon im Dezember 2007 überdeutlich. Bis heute sind die initialisierten Interimsabkommen aufgrund ihrer Entwicklungsunverträglichkeit von Regierungen, Parlamentariern, den Verhandlungsführern, Wissenschaftlern und der Zivilgesellschaft wiederholt heftig kritisiert worden.

Die nun laufenden Verhandlungen zielen darauf, die Interimsabkommen in vollständige EPAs zu überführen. Die AKP-Regierungen müssen zudem entscheiden, ob sie die bestehenden Interimsabkommen ratifizieren oder Nachverhandlungen anstreben.

Aus unserer Sicht ist es daher entscheidend, dass die Marktzugangsbestimmungen in den Interimsabkommen auf ihre Entwicklungs- und Menschenrechtskohärenz überprüft und an den Stellen, an denen sie fehlerhaft sind, mit Priorität überarbeitet werden. In seiner Erklärung vom 26. März hat der UN-Menschenrechtsrat betont, „dass alle Staaten alles tun müssen um sicherzustellen, dass ihre internationale Politik [...], internationale Handelsabkommen abgeschlossen, keinen negativen Einfluss auf das Recht auf Nahrung in anderen Ländern haben.“ Die Europäische Kommission sollte daher umgehend ihre Bereitschaft erklären, die Interimsabkommen zu überprüfen.

Um Handel in den Dienst von Armutsbekämpfung und nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung zu stellen, kommt es jetzt darauf an, politische Instrumente und Institutionen zu entwickeln, die es den afrikanischen AKP-Staaten erlauben, vom Marktzugang in die EU wirklich zu profitieren und den Prozess ihrer regionalen Entwicklung strategisch und selbstbestimmt zu lenken.

Wir sind allerdings der Überzeugung, dass die Interimsabkommen dieser Zielsetzung entgegenstehen. Sie verengen die wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume der AKP-Staaten auf ein Minimum und machen handels- und investitionslenkende Maßnahmen unmöglich, die zur Förderung von Beschäftigung und Verbesserung der Lebensumstände beitragen würden. Aus dieser Sicht widersprechen die Interimsabkommen genau den Zielen, für die faire und partnerschaftliche Handelsverträge eigentlich stehen sollten.

Bislang sind die Interimsabkommen nicht in Kraft: sie können und müssen auf Basis der bisher geäußerten Kritik verändert werden. Wir möchten Sie daher bitten, sich insbesondere für die folgenden Punkte einzusetzen:

1. Überprüfung und Neuverhandlung aller zwischen EU und AKP-Staaten strittigen Bestimmungen in den Interimsabkommen, wie von AKP-Seite gefordert. Die darauf folgende Ratifizierung darf von der EU nicht vom Abschluss umfassender EPAs abhängig gemacht werden.
2. Zeit für die AKP-Staaten, ihre regionalen Integrationsanstrengungen zu konsolidieren und diese ohne Druck durch die Europäische Kommission strategisch an ihren politischen Zielen auszurichten, unter voller Einbeziehung aller Akteure, einschließlich der Beschäftigten, Bauern und Unternehmer in den AKP-Staaten.
3. Umfassende Überprüfung und Folgenabschätzung der initialisierten Interimsabkommen für die AKP-Staaten vor einer Ratifizierung, um eine informierte öffentliche Diskussion über Ziel und Wirkung der Abkommen zu ermöglichen.
4. Größtmögliche Flexibilität der Europäischen Kommission in den weiteren Verhandlungen, die es den AKP-Regierungen ermöglicht, den Verhandlungsablauf und den Umfang, einschließlich der Frage, ob und wie über die strittigen neuen Themen verhandelt werden sollte, selbst und ohne politischen Druck aus Brüssel zu bestimmen.
5. Anpassung und rechtliche Bindung des verbesserten allgemeinen Präferenzsystems der EU mit dem Ziel, kein AKP-Land am Ende der Verhandlungen schlechter zu stellen als zu Beginn.

Es ist Zeit für einen neuen unvoreingenommenen Blick, bevor möglicherweise entwicklungs- und menschenrechtsschädliche Interimabkommen in Kraft treten. In den kommenden Wochen werden daher einige der deutschen Unterzeichner im Rahmen einer Postkartenaktion der deutschen StopEPA-Kampagne die Mitglieder des Bundestages bitten, die Bundesregierung aufzufordern, die bereits verhandelten Interimsabkommen zu überprüfen, nötigenfalls zurückzunehmen und entwicklungsorientierte Alternativen aufzunehmen.

Wir möchten Sie bitten, sich in der bevorstehenden Sitzung des EU-Ministerrates für unsere Anliegen und Vorschläge einzusetzen und uns über die Ergebnisse Ihrer Bemühungen zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen,

i.A. der unterzeichnenden Organisationen



Dieter Simon  
KOSA Koordination Südliches Afrika

Attac Deutschland  
Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)  
FIAN Deutschland  
Germanwatch  
Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA)  
Koordination Südliches Afrika (KOSA)  
Netzwerk Afrika Deutschland (NAD)  
Oxfam Deutschland  
terre des hommes  
Welthaus Bielefeld  
Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung (WEED)

sowie

Action for Change for Southern Africa (ACTSA), UK  
Afrika Kontakt, Denmark  
Africa-Europe Faith & Justice Network (AEFJN), Belgium  
Afrika-Europa Network, The Netherlands  
AITEC, France  
ATTAC, Denmark  
ATTAC, France  
ATTAC, Hungary  
Bevrijde Wereld / Terre Nouvelle, Belgium  
Both ENDS, The Netherlands

Centre national de Coopération au développement" (CNCD/11 11 11), Belgium  
CFSI : Comité Français pour la Solidarité Internationale, France  
Christian Aid, Ireland  
Christian Aid, UK  
CIDSE  
Coalition of the Flemish North-South Movement – 11.11.11, Belgium  
Comhlámh, Ireland  
Commitment for Life, UK  
Coordinadora de ONGD de Euskadi, Spain  
Crocevia, Italy  
CRBM, Italy  
Diakonia, Sweden  
The Dutch Association of Worldshops, The Netherlands  
Fairtrade Foundation, UK  
FAIR, Italy  
FinnChurch Aid, Finland  
Forum Syd, Sweden  
Friends of the Earth, England, Wales and Northern Ireland  
Global Responsibility – Austrian Platform for Development and Humanitarian Aid  
IBIS, Denmark  
Interchurch Organisation for development co-operation (ICCO), The Netherlands  
Italian Support Group for the Farmers' Movements in Africa, Italy  
Intal, Belgium  
Mani Tese, Italy  
Micah Challenge, Portugal  
Oxfam International  
Progressio, UK  
Public Services International, France  
Scottish Catholic International Aid Fund (SCIAF), UK  
Solidarité Socialiste – ONGD, Belgium  
SOMO (Centre for Research on Multinational Corporations), The Netherlands  
SOS Faim – Agir avec le Sud, Belgium  
Tearfund, UK  
Terra Nuova, Italy  
The Trade Justice Movement, UK  
Trade Watch, Italy  
Traidcraft, UK  
Trocaire, Ireland  
Vredeseilanden, Belgium  
War on Want, UK  
WIDE, Belgium  
World Development Movement, UK  
World Rural Forum, Spain

KOSA e.V.  
Dieter Simon  
August-Bebel-Str. 62  
33602 Bielefeld  
[www.kosa.org](http://www.kosa.org)